



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

Aufruf zum Widerstand gegen den Neoliberalismus

1. Mai 2013

www.linkewoche.at/

Die EU-Politik zerstört den Wohlstand!

Sparmaßnahmen, Pensionskürzungen, Sozialkürzungen, Überwachung bis in den Privatbereich, Offenlegung aller Einkommen, Transaktionsmeldung bis in die USA, Einbehalten der Lohnsteuer gleich über den Arbeitgeber, das ist das Konzept für "die" da unten. Abbau des Mitspracherechts, Zerstörung kleinräumiger Verwaltungsstrukturen, Kürzungen bei den Heil- und Pflegemitteln, Zugangsrestriktionen zur höheren Bildung – alles angeblich Notwendigkeiten, in die "wir" uns fügen müssen, weil es keine anderen Lösungen gibt.

Für die da oben scheint es aber immer ganz andere Lösungen zu geben. Für die gibt es das genaue Gegenteil:

Steigende Zinserträge, steigende Renditen, Eliteuniversitäten, Privatkliniken – einen Datenschutz von dem unsereiner nur träumen kann: Bankgeheimnis für Millionäre!

Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter, jede Pensionistin und Pensionist hat inzwischen Einkommensverluste von bis zu 50% durch Bezugsstreichungen, prekäre Anstellungen, geänderte Durchrechnungszeiten und Preissteigerungen – aber den sogenannten Investoren wird ihr ungerechtfertigter Zins garantiert. Bevor sie die Verzinsung der Landeshypotheken um 1% streichen würden, werden 100te Pensionisten um ihre Pensionen betrogen.

**Das "Risikokapital" muss endlich auch das Risiko tragen!
Zur Sicherung der Bevölkerung ist das BGE einzuführen!**

60 Jahre Frieden, eine Steigerung der Produktivität um Potenzen – trotzdem müssen wir sparen wie noch nie! Wie ist das möglich? Wohin fließt das Geld? Und plötzlich, eigentlich ohne ersichtlichen Grund, treiben Sparkonzepte einen Staat nach dem anderen in die Rezession: Griechenland, Spanien, Italien, Cypern, Portugal, Irland und bald auch Frankreich – ist das "unser Europa"? Gleichzeitig steigen die Preise weiter wie in der Hochkonjunktur!

**Globale Konzerne müssen in die Verantwortlichkeit eingebunden werden.
Konzerne, die Produktionsstätten aus Steuergründen verlegen, haben wieder Importzölle zu zahlen!**

Europa und USA wollen ein Freihandelsabkommen schließen. Die Verlierer dabei sind die Kleinbetriebe. Die regionale Infrastruktur wird so vernichtet! Über dieses Freihandelsabkommen werden alle Staaten in Europa gezwungen, genmanipulierte Lebensmittel gegen den Willen der Bevölkerungen zu akzeptieren!

Wehrt euch gegen die, die in eurem Namen gegen eure Interessen agieren!

Entzieht ihnen die Legitimation!

Wählt nur mehr die, denen ihr wirklich vertraut!

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“

dies erklärte der milliardenschwere Investmentmanager Warren E. Buffet im November 2006 gegenüber der New York Times. Das war zwei Jahre vor dem Ausbruch der sog. „Subprimekrise“, die die Finanzblasen zum Platzen brachte und mit ihnen so manche neoliberale Selbstgewissheit.

Die USA hat eine Spekulationsblase – und plötzlich müssen die Menschen in Europa zahlen ?!

Die Pleiten einiger US- Finanzinstitute entpuppten sich als Auftakt eines weltweiten Angriffs auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse. Milliardenschwere „Rettungspakete“ und staatliche Haftungsgarantien mussten aufgeföhren werden, um einen totalen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Die Spekulationsblase, die die Krise des Kapitalismus nur hinausgeschoben hatte, war geplatzt.

Seitdem wurde die Krise von einschlägigen Experten immer wieder für beendet und überwunden erklärt. Vorhersagen, die sich angesichts des Gangs der Ereignisse immer wieder als blamabel falsch herausstellten. Die Probleme spitzten sich zu. Aus der „Subprimekrise“ wurde eine „Bankenkrise“, aus der „Bankenkrise“ eine „Finanzkrise“, aus der „Finanzkrise“ eine „Staatsschuldenkrise“, die die „Eurozone“ zu sprengen droht und alle, die nur ihre Arbeitskraft zu Markte tragen können und sonst keine Mittel haben, mit in die Tiefe reißen wird.

Im Unterschied zu vorangegangenen Rezessionen ist die Krise weder regional noch konjunkturell begrenzt, sie hat das System bis in seine letzten Adern erfasst und sie bestimmt unser Leben. Sie macht den Berufswunsch zur Utopie, das Wohnen zum Überlebenskampf, die Jobsuche zum Lotteriespiel, den Rentenanspruch zur Wette auf eine ungewisse Zukunft. Die Krise hat sich auf allen Ebenen potenziert und mit ihr der „Klassenkrieg“ gegen die Armen, von dem Warren E. Buffet sprach. Tagtäglich überreichen uns die Herrschenden eine weitere Quittung für ihre diversen „Rettungspakte“. Ein Kürzungsprogramm jagt das nächste. Ihre Krisenlösung ist denkbar einfach und überall die gleiche: Kürzungen bei den Renten, im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, mehr Arbeit, weniger Lohn, Verzicht für den Standort, den Gürtel enger schnallen für die Nation. Angesichts dieses Angriffs bleibt der Gegenschlag der Betroffenen auf der Strecke. Es gibt lediglich einzelne auf einen Tag beschränkte Generalstreiks, isoliert in einigen Ländern, die mehr der Aggressionsabfuhr dienen als eine Perspektive eröffnen.

Die Propaganda über „die faulen Griechen“, „Spanier“, „Italiener“ usw. trägt Früchte. Europaweite Solidarstreiks kommen nicht zustande – solange bis es zu spät ist, bis dann auch die Österreicher plötzlich zur „Schafschur“ anstehen ...

**Die Volksvertreter in den Regierungen haben längst die Seite gewechselt !
Für einen eigenständigen selbstorganisierten Widerstand!**

Analysiert selbst die Lage und geht nicht irgendwelchen Rechtspopulisten auf den Leim!

Wir müssen beginnen umzudenken! Die Delegation unserer Interessen an parlamentarische Parteien und Gewerkschaftsspitzen funktioniert nicht mehr! Die Funktionärinnen und Funktionäre bleiben in der Logik des immer fataler werdenden kapitalistischen Systems verhaftet.

Das nützt ihnen aber nicht uns!

Organisiert euch selbst!

Es geht um Widerstand gegen die Kürzungspolitik auf allen Ebenen, die von den Politikerinnen und Politikern zur Aufrechterhaltung des Systems der Bevölkerung aufgezwungen wird.

Es geht darum, Widerstand zu organisieren und gemeinsam Initiativen für eine andere Gesellschaft aufzunehmen.

Alternativen sind möglich!

Diese EU ist KEINE Alternative!

Allein in den Ländern der Eurozone zahlt die arbeitende Bevölkerung einen immer härteren Preis für die Krise der Herrschenden. In dieser seit 4 Jahren andauernden Krise gibt es eine Verdoppelung der Millionäre und Milliardäre auf der einen Seite und eine bis ins extrem gehende Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten als Gegenpol dazu.

Eurozone vor dem AUS?

Sowohl in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und bald auch in Frankreich wird die Arbeitslosigkeit einen historischen Höchststand erreichen. Das ist ein soziales Pulverfass mit einer Lunte, die bereits zu glosen beginnt.

Spanien hat mit über 6 Millionen Arbeitslosen im Jahr 5 der Krise jenes Niveau erreicht, das Deutschland 4 Jahre nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 vor der Machtergreifung Hitlers hatte. Jeder dritte Jugendliche unter 24 Jahren ist arbeitslos und ohne Zukunftsperspektive; ebenso in Griechenland. Vor 6 Jahren galt Spanien als Aushängeschild des gelungenen Neoliberalismus und mit all seinen Spekulationen als Vorbild für die Politiker.

Bei uns ist der 1. Mai zur Folklore verkommen wie die religiösen Feiertage

Die Sozialdemokratie hat den Tag der Arbeit beschlagnahmt und in der Steiermark sogar in den 4 Privatwänden der Listhalle eingeschlossen; die sozialistischen Gewerkschafter wurden ausgegrenzt, die steirische SPÖ läßt sie ins Leere tapfen

Zur Erinnerung: Streikende und demonstrierende ArbeiterInnen haben im Mai 1886 in Chicago trotz Demonstrationsverbot für einen 8-Studentag gekämpft. 4 Organisatoren wurden zum Tode verurteilt! Die humane Arbeitswelt wurde teuer erkämpft!

Heute haben wir wieder immer niedrigere Löhne/Kaufkraftverluste; steigende, unbezahlbar werdende Mieten, sprunghafte Zunahme der Obdachlosigkeit; Menschen, die aus Verzweiflung in den Selbstmord getrieben werden, Zwang zum 1 Euro-Job und Arbeit auf Abruf, gleichzeitig aber Aufrüstung und Vorbereitung zu immer größeren Kriegen.... „ein bekanntes Lösungsmuster“.

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen!

Hoch die Internationale Solidarität!

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

Aus den Vereinsstatuten:

§ 2: Zweck des Vereins

- (1) Der Verein ist nicht auf die Erzielung von Gewinn gerichtet.
- (2) Der Verein verfolgt, unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften, folgende Zwecke:
 - a.) Er will beitragen zu einer kritischen Bewusstseinsbildung über die negativen Auswirkungen des Marktes, auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit und Wege aufzeigen, die zu einer sozial-gerechten Gesellschaft führen.
 - b.) Er hat zum Ziel zu einer freien pluralistischen toleranten offenen Gesellschaft zu führen.
 - c.) Er orientiert sich an Prinzipien von: Sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit, Emanzipation, Humanität, Frieden.
 - d.) Sein Hauptaugenmerk liegt auf außerparlamentarischen Aktivitäten; er will jedoch auch die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten zur Umsetzung seiner Ziele nutzen.
 - e.) Angestrebt wird die Vernetzung von Foren und Plattformen ähnlich orientierter Gruppierungen.

Aus dem Programm:

- Die LINKE ist regional gegliedert
- Der Bundeskongress fasst die regionalen Glieder zusammen
- LINKE Beschlüsse werden bei AktivistInnen-Treffen per Abstimmung gefällt.
- Abstimmbar ist jedeR Anwesende
- Die LINKE ist offen für Personen, Organisationen und Parteien mit Gedankengut auf der Basis von Freiheit/Gleichheit/Solidarität.

Ziel:

Der Neoliberalismus soll zugunsten einer klassenlosen Gesellschaft überwunden werden.
Der Nationalismus soll zugunsten einer Solidargesellschaft überwunden werden.

Was will die neue LINKE ändern:

Durch globale Solidarität soll Ausbeutung und Unterdrückung verhindert werden.

Ein falsches Wirtschaftssystem soll korrigiert werden.

Die zinsenlose Bereitstellung von Geldmitteln durch gemeinschaftlich kontrollierte Banken auf der Basis von gesetzlichen Grundeinkommen ist eines der Ziele.

Was kann der Einzelne machen?

- Teilnahme an Protesten!
- Teilnahme am demokratischen Leben (Bezirkspolitik)!
- Protestbriefe an die gewählten "Vertreter"!
- Nicht schweigen, wenn man nicht zustimmt!
- Keinen wählen, den man nicht auch wirklich haben will!
- Proteste gegen die Auflösung der demokratischen Basisstrukturen!
- Gründet Gruppen von Gleichgesinnten!

Wir brauchen einen Systemwechsel!

Von den Regierenden ist nichts als Sozialabbau zu erwarten.

Die Regierenden verursachen unsere Probleme anstatt sie zu lösen!

Es ist Zeit, die demokratische Kontrolle durch Proteste auszuüben!